

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreise: Durch unsere Seiten für ein Haus monatlich 5.00 Mark, bei der Verkaufsstelle abgeholt monatlich 4.50 Mark; bei der Post bezahlt vierteljährlich 14.- Mark, monatlich 5.- Mark, wozu ein Postzuschlag zu rechnen ist.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.
Telegramme: Tagblatt Erzgebirge.

Belegpreise: Die Anzeigerpreise sind durch unsere Seiten für ein Haus monatlich 5.00 Mark, bei der Verkaufsstelle abgeholt monatlich 4.50 Mark; bei der Post bezahlt vierteljährlich 14.- Mark, monatlich 5.- Mark, wozu ein Postzuschlag zu rechnen ist.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.
Telegramme: Tagblatt Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 234

Donnerstag, den 6. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die zweite Tagung des Bänderbundes wurde gestern beendet.

Nach einer noch der Bestätigung bedürftigen Meinung soll Wien anstelle des teureren Genfs Sitz des Bänderbundes werden.

Ludendorff hat einem amerikanischen Pressevertreter gegenüber den Plan eines gemeinschaftlichen Feldzuges Deutschlands, Frankreichs, Englands und Amerikas gegen Sowjetrußland zur Ausrottung des Bolschewismus entwickelt.

Eine Wiener Zeitung will erfahren haben, die Konferenz in Venedig werde möglicherweise nicht abgehalten werden, da England und Frankreich ihr bis jetzt nicht zugestimmt hätten.

Lord Bryce erklärte in New York in einer Rede, seiner Ansicht nach liege die Gefahr eines künftigen Krieges auf dem europäischen Festlande, aber nicht im Stillen Ozean.

Oberschlesien vor der Entscheidung.

Von Reichsminister a. D. Dr. Goßeln, M. d. R.

Mit verhaltenem Atem wartet das deutsche Volk auf die in naher Aussicht stehende Entscheidung des Bänderbundes über das Schicksal Oberschlesiens. Nach allem, was es seit den Tagen des Waffenstillstands, seit dem mit seinen Bedingungen in kräftigem Widerspruch stehenden Friedensvertrag — dem Vertrag von Versailles, wie ihn John Maynard Keynes treffend genannt hat — erlebt hat, ist sein Glaube nicht mehr groß, daß man ihm, daß man aber auch dem ober-schlesischen Volke die Gerechtigkeit zuteil werden läßt, auf die es nach dem Abstimmungsresultat vollen Anspruch hat. In diesen Tagen ist das Rechtsgutachten veröffentlicht worden, das der Rechtsbeistand des Präsidenten Wilson David Hunter Miller auf der Pariser Friedenskonferenz über die Zugehörigkeit Oberschlesiens erstattet hat. Der berühmte Staatsrechtler kommt darin zu dem Schluß, daß nach dem Friedensvertrag Oberschlesien ungeteilt und daß es nach dem Abstimmungsresultat bei Deutschland bleiben müsse. An dem Beispiel der Entscheidung des Bänderbundes über das Verbleiben Ostpreußens bei Deutschland zeigt er, daß sich der Bänderbund mit sich selbst in schärfstem Widerspruch setzen würde, wenn er eine Teilung Oberschlesiens beschließen würde. Auch sachlich würde eine solche das größte Unrecht an dem ober-schlesischen Volk, selbst an denen sein, die für Polen votiert haben. Denn Oberschlesien ist wirtschaftlich wie kulturell ein unteilbares Ganze. Ist wie eine große Fabrik, in der die einzelnen Betriebsabteilungen einander zuarbeiten. Wären durch diesen großen Fabrikraum, soll eine scharfe Trennungsmauer gezogen werden, die das Ineinanderarbeiten der einzelnen Teile und Maschinen unmöglich macht? Eine Landes- und Zollgrenze soll durch ein Gebiet mit gemeinsamer Wasserversorgung, gemeinsamer Elektrizität und Straßenbahnwirtschaft gezogen werden? Keine noch so weitgehenden Zoll- und Verkehrsvereinfachungen an der Grenze können die Lebenshemmungen ausgleichen, die damit eintreten würden. Sie können das umso weniger, als die politischen Zustände Polens eine scharfe Grenzkontrolle unbedingt erforderlich machen, soll nicht die Freizügigkeit für alle Verkehrsarten, für den Waffenschmuggel, für alle Infiltrations- und Bergewaltigungsbestrebungen gewissenloser polnischer Abenteurer geschaffen werden. Man müßte geradezu einen tiefen Schlingengraben mit Stacheldrahtverhau und elektrisch geladenen Drähten ziehen, um eine neue Grenze zu bilden, für die nun einmal alle natürlichen Voraussetzungen, Hüflüsse, Gebirgszüge usw. fehlen. Würde doch die Grenze mitten durch bebauten Straßen führen!

Auch der ober-schlesischen Bevölkerung, die den Ängsten und Verdrücktheitskünsten Korstantins glauben schenken für Polen votiert hat, bemächtigt sich heute die schwerste Sorge über eine Teilung Oberschlesiens. Käme es zu einer Volksabstimmung, ob Oberschlesien geteilt werden solle, so würden wohl 99,9 Prozent für die Unteilbarkeit und damit für sein Verbleiben bei Deutschland stimmen. Denn jeder empfindet das schreiende Unrecht, das ihm damit zugefügt wird. Ist doch zu befürchten, daß eine dahingehende Entscheidung des Bänderbundes zu neuen schweren Unruhen in Oberschlesien führen wird. Die schwere Wirtschaftskrise, die heute auf der ganzen Welt lastet und mit der Katastrophenhaufe, die mit der Marktenwertung an Deutschland vorübergehend geschaffen ist, grell kontrastiert, beruht vor allem auf dem Wahnwitz des Friedens-

vertrages, auf der Verschlagung auseinander angewiesener Wirtschaftsgebiete. Sie muß aufs Empfindlichste verschärft werden, wenn nunmehr auch Oberschlesien verschlagen werden sollte. Wir wissen ohnehin nicht, wie wir auch nur die nächsten Reparationsraten aufbringen sollen. Man appelliert an den Opfergeist und die Hilfsbereitschaft von Handel und Industrie zur Lebensbeschaffung. Kann auf diese noch gerechnet werden, wenn ihre Kreise sich angesichts einer unglücklichen Entscheidung über Oberschlesien sagen müssen: Es ist doch alles vergebens; unser Recht wird weiter vergewaltigt die Wurzeln unserer wirtschaftlichen Kraft werden abgehauen. Und ist das Kabinett Birck noch möglich, wenn die Voraussetzungen, unter denen es gebildet wurde, hinfällig werden? Ist dann überhaupt noch eine Regierung möglich? Das deutsche Volk hat den Glauben verloren, daß es noch Gerechtigkeit in der Welt findet. Ihm diesen Glauben wiederzugeben, wäre eine heilige Aufgabe. Der mit der Entscheidung in der ober-schlesischen Frage betraute Bänderbund sollte dabei eingedenk des Schillerschen Wortes sein: Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben; bewahrt sie!

Zur Koalitionsbildung.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei hielt am 3. Oktober in Berlin eine Sitzung ab, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann über die bisher in der Frage der Regierungsumbildung gepflogenen Verhandlungen berichtete. Er kam dabei zu dem Schluß, daß sich außen wie innenpolitisch sehr wohl ein sachliches Programm aufstellen lasse, das von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie vertreten werden könne. Auch auf die Steuerfragen lasse sich dieses Gemeinschaftsprogramm ausdehnen, wenn die Sozialdemokratie einwilligen noch gemachte Vorbehalte fallen lasse, und wenn abgewartet werde, welchen Verlauf die Verhandlungen zwischen Regierung und Industrie über die freiwillige Beschaffung ausländischer Geldmittel nehmen würden. Bis diese Klarstellung erfolgt sei, hätten weitere offizielle Verhandlungen über die Koalitionsverlängerung keinen Zweck. Im übrigen wurde auch hier die Ansicht vertreten, daß die Regierungsumbildung in Preußen und im Reich gleichzeitig vorgenommen werden müsse. — Gleichzeitig bringt die Nationalliberale Korrespondenz einen Artikel, in dem sie von neuem eine Koalition mit den Unabhängigen ablehnt. Sie begründet dies damit, daß der Eintritt der Unabhängigen sofort eine starke Verschärfung des Schwergewichts nach links zur Folge haben würde, so daß man in Wirklichkeit von einer Regierung der Mitte gar nicht mehr sprechen könnte. Wenn das Gleichgewicht wieder hergestellt werden sollte, müßte man dann unbedingt auch den Beitritt der Deutschnationalen verlangen. Wegen einer solchen Lösung wird in dem Artikel aber mit Recht eingewandt, daß eine so starke Verbreiterung schwerlich eine Festigung der Regierungsbasis wäre, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, so viele Köpfe unter einen Hut zu bringen. Zentrum und Demokraten müßten sich der Tatsache bewußt sein, daß die Erörterung über die Hinzunahme der Unabhängigen zu den Koalitionsverhandlungen nur eine Episode sein und bleiben würde. Heute früh um 9 Uhr werden die Verhandlungen bei Stegerwald fortgesetzt, um zu versuchen, eine gemeinsame programmatische Grundlage zu finden. Dabei wird die Deutsche Volkspartei Gelegenheit haben, sich über den Gedanken einer Koalition von Cohn bis Campe zu äußern.

Noch rechter!

Das längst Erwartete ist Ereignis geworden. In der deutsch-nationalen Lager (zunächst nicht partei- und fraktionsmäßig verstanden) ist eine Bewegung im Gange. Ueberraschenderweise aber nicht davor, daß etwa ein Drang nach links in Erscheinung tritt, sondern im Gegenteil nach rechts. Diese noch rechtser nennen sich deutsch-sozialistische Partei. Die Volkspartei macht dazu folgende Mitteilungen: Es wird gefordert, daß allen fremden Ausbeutungssplänen der einschlässigen Wille zur völkischen Selbstbehauptung entgegengestellt werde; der Versailles Vertrag wird nicht anerkannt. Es wird weiter verkündet, daß innerhalb des Volkes keine Unterschiebe mehr gelten sollen, außer zwischen Arbeitern und Hausangern. In der Beitrittserklärung muß man verkünden, daß man weder jüdischer Abstammung, noch jüdisch verheiratet ist; alle nach dem 1. 8. 1914 eingewanderten Juden und sonstigen Ausländer sollen ausgewiesen werden; die deutschen Juden sollen unter Fremdenrecht gestellt werden, und man will nur religiöse Ueberzeugungen dulden, die mit germanischen Rechts- und Sittenanschauungen nicht im Widerspruch stehen. Der Aufruf schließt mit dem sozialen Programm: Eine Vermischung der

grenze soll allgemein festgesetzt werden, für die Ueberbetter wird Beteiligung am Gewinn des Unternehmers verlangt, und alle indirekten Steuern werden verworfen! — Da haben wir also die

Absonderung der deutsch-völkischen Gruppe von den Deutschnationalen, die Hergt in München noch in letzter Stunde zu verhindern getrachtet hat, jetzt aber nicht mehr aufzuhalten vermag. In den Kreisen der Deutschnationalen Parteileitung steht man dem Treiben dieser Richtung, die rechts ungefähr dieselbe Stellung einnehmen wollen, wie links die Kommunisten, mit offenkundigem Unbehagen zu und will nicht von ihnen wissen, weil für die mehr oder weniger törichteren Streiche dieser Ultras die ganze Rechte verantwortlich gemacht wird. Wie weit dieser neue parteipolitische Spaltplatz die Deutschnationalen Partei zerlegen wird, muß sich ja bald zeigen. Jedenfalls ist die Gründung dieser Partei eine kraße Ironie zu dem Sammlungsaufruf Martin Spahns zugunsten der großen Rechten.

Das Uniformtragen.

Ein neuer Versuch des Reichstanzlers.

Amtlich wird bekanntgegeben: In Ausführung des Paragraphen 2 der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 (R.V. Bl. Seite 1251) wird bestimmt: Die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dürfen dieses Recht in folgenden Fällen ausüben:

- 1) bei Anlässen an den hohen kirchlichen und gesellschaftlichen Feiertagen,
- 2) bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Dienstjubiläen,
- 3) bei Beförderungsanlässen von Kameraden,
- 4) bei der Teilnahme an Festlichkeiten und Kameradschaftlichen Zusammenkünften der Reichswehrangehörigen,
- 5) bei solchen feierlichen Veranstaltungen und öffentlichen Vereinen, hinsichtlich derer der zuständige Bezirkskommandeur (Marinekommandeur) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat.

Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörige vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboden ist das Tragen von Hütern, Armbinden, Vereinsabzeichen und dergleichen, deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Bekleidungsbestimmungen, die für im Dienst der Friedenskommission stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

Berlin, den 3. 10. 1921.
Der Reichstanzler,
gez. Dr. Birck.

Ausländische Goldkredite für Deutschland.

Der Beschluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie, dem Reiche durch Hergabe einer Goldanleihe auf die Sachwerte der deutschen Produktionsstände zu helfen, hat bereits zu direkten Angeboten durch ausländische Finanzgruppen geführt. In erster Linie sind Offerten aus den Vereinigten Staaten eingetroffen. Die Union ist durch die eigene industrielle Krise genötigt, für ihr Kapital Unterbringungsbedürfnisse im Auslande zu suchen. Natürlich rechnet man in Amerika gleichzeitig damit, durch die Goldkredite die deutsche Mark zu heben und sie dann zu stabilisieren. Denn nur wenn das gelingt, kann Amerika darauf rechnen, Deutschland für seine Rohstoffe, Rüstungsmittel und Erzeugnisse wieder aufnahmefähig zu machen. Die amerikanischen Kreditangebote verfolgen also nicht nur die Unterbringung des amerikanischen Goldüberflusses, sondern gleichzeitig die Hebung der Industrieverstopfung der Vereinigten Staaten. Ob es allerdings möglich sein wird, Deutschlands Kaufkraft durch die Gewährung von Goldkrediten allein zu stärken, darf noch als fraglich gelten. Man müßte darüber hinaus unsere finanziellen Verpflichtungen, wie Churchill sagt, auf praktische Dimensionen herabsetzen. Zu diesem Zweck wäre es zuvor nötig, die internationalen Schulden zu tilgen oder doch mindestens stark zu kürzen. Hier ist freilich Amerika der Hauptdarlehensgeber, da allein England und Frankreich ihm rund 7 Milliarden den Dollar schulden. Bisher hat die Union noch nicht davon wissen wollen, diese Schuldverpflichtungen zu zerlegen. Die Weltgesundung wird also noch große